
Öffentliches Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Wedel

Sitzungstermin: Donnerstag, 26.03.2026
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 22:05 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Julian Fresch CDU

Mitglieder

Wolfgang Dutsch CDU

Heidemargret Garling CDU

Ursula Lauenstein CDU

Johanna Bergstein CDU

Jan Lüchau CDU

Jochen Peter Lüchau CDU

Hendrik Thomascheski CDU

Bernhard Weidenbach CDU

Torben Wunderlich CDU

Sabine Zedler CDU

Karin Blasius Bündnis 90 / Die Grünen

Holger Craemer Bündnis 90 / Die Grünen

Petra Goll Bündnis 90 / Die Grünen

Verena Heyer Bündnis 90 / Die Grünen

Petra Kärgel Bündnis 90 / Die Grünen

Tobias Kiwitt Bündnis 90 / Die Grünen

Patricia Römer Bündnis 90 / Die Grünen

Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen

Thomas Wöstmann Bündnis 90 / Die Grünen

Lothar Barop SPD

Gerrit Baars SPD

Heidi Keck SPD

Alexandra Petersen SPD

Norman Rothe SPD

Wolfgang Rüdiger SPD

Laurin Schwarz SPD

Peter Ammer WSI

Angela Drewes WSI

Birgit Neumann-Rystow WSI

Ingrid Paradies WSI

Antje Hellmann-Kistler FDP

Jörg Hohner FDP

Klaus Koschnitzke FDP

Nina Schilling	FDP
Patrick Eichberger	DIE LINKE im Rat
<u>Umweltbeirat</u>	
Maximilian vom Bruch	Umweltbeirat
<u>Seniorenbeirat</u>	
Helga Nikodem	Seniorenbeirat
<u>Verwaltung</u>	
Robert Bartels	Verwaltung
Susanne Lustig	Verwaltung
Anja Rose	Verwaltung
Claudia Broekhuis	Fachbereichsleitung
Julia Fisauli-Aalto	Bürgermeisterin
Claudia Friederich	Erste Stadträtin
Kirsten Gragert	Protokollführung

AbwesendMitglieder

Jens Bergstein	CDU	entschuldigt
Anja Lembach	CDU	entschuldigt
Philipp Grüßner	WSI	entschuldigt
Dr. Detlef Murphy	DIE LINKE im Rat	entschuldigt
<u>Umweltbeirat</u>		
Cornelia Mayer-Schwab	Umweltbeirat	entschuldigt
<u>Jugendbeirat</u>		
Emma Drewke	Jugendbeirat	entschuldigt
Leo Merlin Tschamper	Jugendbeirat	entschuldigt
<u>Seniorenbeirat</u>		
Uwe Schiemann	Seniorenbeirat	entschuldigt
<u>Verwaltung</u>		
Ralf Waßmann	Fachbereichsleitung	entschuldigt

Gäste:

40 Einwohner*innen

3 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegen folgende Änderungswünsche zur Tagesordnung vor:

- 1.) Die Bürgermeisterin zieht den TOP 6 „Baturbo“ zurück, weil es noch Klärungsbedarf gibt.
- 2.) Hinsichtlich des Haushaltsbegleitbeschlusses der CDU-Fraktion besteht Einigkeit, diesen beim TOP Haushaltssatzung 2026/2027 zu diskutieren.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte alt 11 und 12.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:



Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner
- 2 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 26.02.2026
- 3 Nachbesetzung von Gremien
- 4 Haushalt Kindertagesstätten - BKS am 11.03.2026
hier: Gebäude-, Anlagen- und Inventarunterhaltung (GAI) BV/2026/022
- 5 Haushaltssatzung 2026/2027
- 5.1 Haushaltsbegleitbeschluss der CDU-Fraktion
- 5.2 Haushaltssatzung 2026/2027 BV/2025/080
- 6 1. Änderung der Geschäftsordnung für den Seniorenbeirat BV/2026/019
- 7 Kooperationsvertrag mit dem Kreis Pinneberg zur
praxisintegrierten Ausbildung (PiA) von Erzieher*innen BV/2026/020-1
- 8 Entlassung der 2. stv. Wehrführung aus dem
Ehrenbeamtenverhältnis BV/2026/021
- 9 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 9.1 Bericht der Verwaltung
- 9.1.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung
- 9.1.2 Aktueller Stand der Haushaltssicherung 2028 MV/2026/013
- 9.1.3 Bericht aus den Beteiligungen
- 9.2 Öffentliche Anfragen

Voraussichtlich nichtöffentlicher Teil

- 10 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom
26.02.2026
- 11 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 11.1 Bericht der Verwaltung
- 11.1.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung
- 11.1.2 Bericht aus den Beteiligungen
- 11.2 Nichtöffentliche Anfragen

Öffentlicher Teil

- 12 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Die Antworten zu den vorangegangenen Fragen wurden hochgeladen.

Anlage 1 Einwohnerfragen Rat 26-02-2026_01

Anlage 2 Einwohnerfragen Rat 26-02-2026_02

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden Fragen zu folgenden Themen gestellt und direkt beantwortet:

1. Kosten der Stadtbücherei hinsichtlich Interner Leistungsverrechnung (ILV) und Zuschuss
Frage:
Was sind Aufwendungen und Erträge aus der ILV?
Antwort:
In den Erträgen aus der ILV finden sich die Leistungen für die Schulbibliotheken und der Ausgleich sozialer Ermäßigungen.
In den Aufwendungen stehen die Steuerungsleistungen für das Gebäudemanagement und die Druckerei.
2. Elbschule
 - Wäre die Stadt in der Lage, die 100 Schülerinnen und Schüler an den anderen Schulen aufzunehmen?
 - > Dazu wurde im letzten Rat Positives bekundet und der Erhalt der Elbschule begrüßt. Die Stadt begleitet die Elbschule schon seit Jahren. Es wurden fünfzehn Grundstücke geprüft, davon würden fünf in Frage kommen.
 - Welche Jahrgangsstufen?
 - > Die Stadt ist verpflichtet, die Schülerinnen und Schüler aufzunehmen.
 - Besteht noch die Chance, mit diesem Zeitplan ein Grundstück zu bekommen?
 - > Ja, es gibt Optionen. Die Stadt kann auf eine Chance hoffen.
3. Bündnis für die Stadtbücherei
Verschiedene Ehrenamtliche treffen sich regelmäßig dort. Die Stadtbücherei Wedel ist ein Begegnungsort wie kein zweiter in Wedel mit einer hohen sozialen Funktion über die reine Ausleihe hinaus.
Ist das der Politik bewusst?
Die Frage wird bejaht.
4. Elbschule / Bauturbo
Es wird gefragt, ob es eine Option sei, bei der Standortsuche auf den Bauturbo zu setzen und ob das der richtige Weg sei.
-> Es wird nicht prioritär auf den Bauturbo gesetzt, sondern es werden sich alle Optionen angeschaut. Der Bauturbo diene vorrangig dem Wohnungsbau.
5. Wedel.de
Ein Einwohner spricht ein großes Lob für die Umsetzung aus und fragt dann:

- 1.) Entspricht die Seite jetzt dem Düsseldorfer Urteil und bleibt werbefrei?
-> Die Frage wird bejaht. Die Vereine bleiben nur auf wedel.de, bis es die neue Seite für Wedel Marketing gibt.
- 2.) Der Zugang zum Ratsinfosystem ist wieder sehr versteckt. Bleibt das so?
-> Die Bürgermeisterin dankt für den Hinweis. Die Auffindbarkeit des Bürgerinformationssystems müsse wieder verbessert werden.

2 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 26.02.2026

Das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.02.2026 wird ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen und gilt damit als genehmigt.

3 Nachbesetzung von Gremien

Es liegen keine Anträge zur Nachbesetzung vor.

4 Haushalt Kindertagesstätten - BKS am 11.03.2026

BV/2026/022

hier: Gebäude-, Anlagen- und Inventarunterhaltung (GAI)

Frau Heyer bringt den Beschlussvorschlag aus dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport ein. Wegen einer Falschberechnung ist die Beschlussvorlage heute erneut auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Frau Neumann-Rystow macht darauf aufmerksam, dass dieser Beschlussvorschlag nicht sachorientiert entstanden sei und findet die Vorlage nach wie vor „unerträglich“. Die Kita-Vereinbarungen seien nicht ausgereift und noch in der Schwebe. Sie könne heute nicht zustimmen und bittet um Vertagung.

Frau Süß teilt den Eindruck zur Sitzung des Fachausschusses. Nach einer langen Diskussion habe sich ihre Fraktion entschlossen, sich bei der Abstimmung zu enthalten. Den Vertagungsantrag könnten sie auch unterstützen.

Herr Barop beantragt für die SPD-Fraktion, die Summe auf 6.000 € festzulegen.

Die Frage, welche Auswirkungen eine Vertagung hätte, kann nicht abschließend beantwortet werden.

Frau Keck ist der Auffassung, wenn der Haushalt heute ohne diesen Beschluss auf den Weg gebracht würde, müssten sämtliche Änderungen in einen Nachtragshaushalt. Wenn in einer kommenden Sitzung also dann über die vorgeschlagene Pauschalisierung der KiTa-Kosten entschieden wird, müsste das über einen Nachtrag in den Haushalt einfließen. Sie bezweifle, dass das praktisch in einer der kommenden Sitzungen bereits erfolgen könnte. Sie begrüße eine pauschalierte Summe.

Die Bürgermeisterin erinnert daran, dass sich die Stadt in der Haushaltskonsolidierung befindet. Sie könne deshalb nicht zu der im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport beschlossenen Fassung raten.

Frau Kärgel bezeichnet das als „Nebelkerze“. Es gibt ein Signal nach außen zu sparen, aber

alles dauert viel zu lang. Der Rat sitzt im Schlamassel, weil der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport es nicht geschafft hat, die Listen durchzusprechen. 2027 werden die Verträge wieder neu ausgehandelt.

Frau Bergstein kann den Ansatz eines Deckels nachvollziehen. Die CDU-Fraktion würde dem Vorschlag der SPD-Fraktion, die Summe mit 6.000 € festzulegen, folgen.

Frau Hellmann-Kistler hätte es geholfen, bereits im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport einen Verwaltungsvorschlag zu haben und nicht alles aus den Listen raussuchen zu müssen. Der gute Wille war da, die Situation zu retten.

Frau Neumann-Rystow möchte zurück zum Urantrag. Die Kitas haben sich über 5.100 € gefreut, aber dann gab es neue Diskussionen. Sie stellt den Antrag, zu der Summe 5.100 € zurückzukommen.

Frau Süß zeigt Verwirrung. Erst gab es den Vertagungsantrag und nun ist es wieder anders. Sie möchte wissen, ob ein Vertagungsantrag Auswirkungen auf den Haushalt hätte. Herr Bartels sagt dazu, dass aus dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport der Vorschlag kam, einen Durchschnitt pro Gruppe zu bilden. Und so ist es auch im Haushalt eingepreist. Den Betrag könne man sperren, bis sich der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport neu sortiert hat.

Frau Keck plädiert für pragmatische Lösungen und dafür, heute eine Summe zu beschließen. Sie stellt den Antrag heute über 6.000 € pro Gruppe zu beschließen.

Frau Drewes fasst zusammen:

1. Vertagungsantrag in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport
2. Sperrvermerk für die eingestellte Summe
3. Auf 5.100 € zurückgehen

Der Vorsitzende schlägt vor, den Vertagungsantrag und den Sperrvermerk in einem Antrag abzustimmen, da sie nach der Diskussion nur zusammen sinnstiftend wären. Dem Vorschlag wird nicht widersprochen.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja / 22 Nein / 9 Enthaltung -> abgelehnt

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	5	22	9
CDU-Fraktion	0	11	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	1	0	8
SPD-Fraktion	0	7	0
WSI-Fraktion	4	0	0
FDP-Fraktion	0	4	0
Die Linke im Rat	0	0	1

Pkt. 3.:

Abstimmungsergebnis:

4 Ja / 22 Nein / 10 Enthaltung -> abgelehnt



Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	4	22	10
CDU-Fraktion	0	11	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	0	9
SPD-Fraktion	0	7	0
WSI-Fraktion	4	0	0
FDP-Fraktion	0	4	0
Die Linke im Rat	0	0	1

Antrag der SPD-Fraktion 6.000 € pro Gruppe:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt, im Produktbereich Kindertageseinrichtung die Anträge für die Gebäude-, Anlagen- und Inventarunterhaltung (GAI) nicht nach den Einzelanträgen zu genehmigen, sondern durch einen festen Betrag in Höhe von 6.000 € pro Gruppe, ermittelt nach der durchschnittlichen Haushaltsanmeldung für das Haushaltsjahr 2026. Diese Vereinbarung gilt für 12 Monate (Haushaltsjahr 2026).

Ausgaben für unvorhergesehene Maßnahmen und Reparaturen sind hiervon wie bisher ausgenommen.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja / 0 Nein / 13 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	23	0	13
CDU-Fraktion	11	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	0	9
SPD-Fraktion	7	0	0
WSI-Fraktion	0	0	4
FDP-Fraktion	4	0	0
Die Linke im Rat	1	0	0

Damit ist dieser Betrag beschlossen und eine Abstimmung über die Beschlussvorlage erübrigt sich.

5 Haushaltssatzung 2026/2027

5.1 Haushaltsbegleitbeschluss der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende leitet in das Thema ein. Die Zeiten seien nicht einfach. Ein Austausch gehöre dazu und es sei nicht schlimm, uneins zu sein. Unterschiedliche Sichtweisen sind zu respektieren. Der Rat handelt in Verantwortung für die Stadt. Er bittet darum, gut miteinander umzugehen, sachlich zu sein und sich gegenseitig Respekt entgegenzubringen.

Zunächst wird sich über das Verfahren verständigt.

Es soll der Antrag eingebracht werden, dann diskutiert und schließlich über jeden Punkt

einzelnen abgestimmt werden.

Herr Jan Lüchau bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Die Schuldenberge wachsen überall und es bleiben keine Mittel für Investitionen übrig. Er verweist auf den schwierigen Spagat zwischen Haushaltskonsolidierung und Haushaltsbeschluss. Darum legt die CDU-Fraktion nun diesen Haushaltsbegleitbeschluss vor und erhofft sich eine breitere Mehrheit. Herr Lüchau bittet um Zustimmung.

Frau Süß möchte keine neue Haushaltsrede halten, aber doch etwas vorwegschicken. Sie äußert ihr Missfallen darüber, dass zwar seit vier Monaten über den Haushalt geredet wird, aber nun einen Tag vor dem Rat ein neuer Haushaltsbegleitbeschluss vorgelegt wird. Die Fraktionen hatten damit keine Chance mehr zur Diskussion und Befassung. Wie hätte umgekehrt die CDU-Fraktion darauf reagiert? Und wird die CDU-Fraktion dem Haushalt ohne den Begleitbeschluss nicht zustimmen?

Frau Schilling findet es sehr bedauerlich, dass beim ersten Haushaltsbegleitbeschluss in den vergangenen Sitzungen keine Mehrheit gefunden wurde. Die FDP-Fraktion hätte zugestimmt, nun in der neuen Fassung sei ihr das nicht mehr in allen Punkten möglich. Sie hätte sich ein anderes Vorgehen gewünscht. Der Haushaltsbegleitbeschluss habe so keine Substanz mehr. Es sei für die FDP-Fraktion völlig unverständlich wie hier seitens der Politik gemauert wird. Die langwierigen Diskussionen seien aus ihrer Sicht nicht effizient.

Herr Jochen Lüchau erklärt, das Vorgehen nicht rechtfertigen zu wollen, allerdings sei die Fraktion zu dem Ergebnis gekommen, dass die größte Fraktion den Haushalt, den sie in Teilen gut, in anderen Teilen weniger gut finden, nicht ablehnen könne. Da einige Punkte des Haushaltes, etwa die von der CDU abgelehnte Grundsteuererhöhung, schwer zu schlucken sind, habe seine Fraktion versucht, den Haushaltsbegleitbeschluss nachzuschärfen, damit nun möglichst viele zustimmen können und der Haushalt nicht ohne begleitende Maßnahmen auf den Weg gebracht wird.

Frau Drewes findet die ganze Situation schwierig. Vor vier bis sechs Wochen wurde über den Haushalt diskutiert. Die CDU-Fraktion hat den Haushaltsbegleitbeschluss eingebracht. Sie appelliert an die CDU-Fraktion sich bewusst zu machen, was darinstand. Nachdem der Begleitbeschluss seinerzeit abgelehnt wurde, habe die CDU-Fraktion konsequent dem Haushalt nicht zugestimmt. Was sie nicht verstehen könne, sei, dass der CDU-Fraktionsvorsitzende sich daraufhin mit mehreren Fraktionen bemüht habe, einen Haushaltsbegleitbeschluss zu organisieren, dem die WSI auch als gemeinsamen Beschluss hätte zustimmen können. Statt diesen zur Abstimmung zu bringen, komme stattdessen eine ganz andere, an den bereits gescheiterten Entwurf erinnernde Fassung. Die CDU-Fraktion als Mehrheitsfraktion bringe damit ihrer Meinung nach Vorschläge ein, die keine Halbwertzeit haben. Ihr Fazit: Die WSI-Fraktion werde keinem der Punkte zustimmen, weil sie nicht weiß, ob die CDU-Fraktion hinter den Punkten stehe.

Herr Barop sagt, die SPD-Fraktion habe im letzten Rat das Szenario zur Reduzierung der Personalkosten kritisch betrachtet. Zum Begleitbeschluss in der jetzigen Fassung habe seine Fraktion mehrere Fragen, da die Formulierungen mitunter missverständlich oder nicht genau definiert seien. Die SPD-Fraktion stellt sich zum Beispiel vor, nicht nur die Ausgabenseite zu betrachten. Es müsse sich auch die Einnahmenseite angesehen werden und in die Vorschläge integriert werden.

Frau Keck weist die Kritik am Vorgehen der CDU zurück. Die heutige Ratssitzung sei genau der richtige Ort, solche Vorschläge zu diskutieren. Sie sei aber entsetzt über das Diktum der CDU-Fraktion aus der letzten Sitzung, die Stadt ohne einen Haushalt zu lassen. Das demokratische Spektrum müsse ausgenutzt werden. Man müsse aufeinander zugehen, etwas bewegen und im demokratischen Prozess ein gemeinsames Ergebnis erarbeiten. Sie

hoffe, dass dem Haushalt heute zugestimmt werde.

Frau Blasius erinnert an den Konsolidierungsbeschluss, dass bis 2028 ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden soll. Dieser Haushaltsbegleitbeschluss verwirre nur.

Frau Bergstein findet es in Ordnung, dass es verschiedene Perspektiven gibt, auch in ihrer großen Fraktion. Sie nimmt es eher als Kompetenz war, eine Meinung zu ändern und würde sich freuen, wenn auch die Bürgerinnen und Bürger das mitnehmen.

Frau Goll ist der Meinung, dass sich die ganze Diskussion hier erübrigt hätte, wenn man den Fachausschüssen vertraut hätte.

Die CDU-Fraktion bringt nun den Punkt 1. Ein. Der Hintergrund hierfür ist, dass die Haushaltssituation schon vorher schlecht war.

Frau Süß dankt für den Hinweis, dass hier etwas Anderes steht als vor einem Jahr beschlossen wurde. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wollten diesem Punkt zustimmen, aber dies sei ein neuer Aspekt. Sie bittet daher um eine kurze Beratungspause.

Herr Barop beantragt, nicht nur zu konsolidieren, sondern auch neue Einnahmen zu generieren. Es müsse die Einbringung von Gewerbe betrachtet werden und die Einnahmen hieraus.

Beratungspause von 20:20 bis 20:27 Uhr

Der Vorsitzende hat sich eine Formulierung überlegt und verliest diese:

*...Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Konsolidierungsmaßnahmen **in Form von Ausgabenkürzungen oder nicht steuerbezogener Einnahmeverbesserungen** zur Reduzierung des strukturellen Defizits zu identifizieren und der Ratsversammlung sowie dem Haupt- und Finanzausschuss hierzu einen schriftlichen Vorschlag („Haushaltssicherung 2028 II“) vorzulegen, der zusätzliche Maßnahmen enthält oder die bestehende Haushaltssicherung 2028 so nachschärft, dass ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden kann.*

Frau Drewes kündigt an, dass die WSI-Fraktion dem Zusatz nicht zustimmen werde. Ein erzielter Überschuss dürfe nicht gleich wieder ausgegeben werden.

Frau Keck sagt, man dürfe nicht nur übers Sparen nachdenken. Der Vorschlag wurde gemacht, damit die SPD-Fraktion gut zustimmen könne, nicht die WSI-Fraktion.

Frau Drewes erinnert daraufhin an die Einhaltung des beschlossenen Kodex Respekt im Rat.

Frau Kärgel bittet die Verwaltung zu erläutern, wie in 2028 ein ausgeglichener Haushalt stehen soll.

Die Bürgermeisterin erwidert, die Verwaltung werde Vorschläge machen, die den politischen Gremien als Beschlussvorschlag vorgelegt werden soll.

Frau Keck bringt ein, dass die SPD-Fraktion größte Zweifel daran hat, dass der Haushalt 2028 ausgeglichen wird. Die Verwaltung müsse sich eine Selbstverpflichtung auferlegen, was die Maßnahmen betrifft. Vielleicht seien die Maßnahmenbeschlüsse auch zu ambitioniert.

Die Bürgermeisterin sagt dazu, die Stadt sei auf einem guten Weg. Es gibt 30 Maßnahmen, die schon Unruhe in die Stadt gebracht haben. Die Konsolidierung werde mit ihr als Bürgermeisterin weiter maßvoll vorangetrieben werden und dann müsse geschaut werden, was es bringt. Es seien kluge Investitionen notwendig. Das haben die Bürgerinnen und Bürger

auch verstanden.

Frau Goll fragt, warum unrealistische Beschlüsse gefasst werden sollen, die nicht umgesetzt werden können oder sollen.

Herr Baars appelliert daran, Konzepte zu erstellen. Der Unterschied zwischen freiwilligen und Pflichtleistungen sei nicht allen bekannt. Die Maßnahmen müssen einzeln diskutiert werden, damit die Bürgerinnen und Bürger das verstehen. Die SPD-Fraktion will keine freiwilligen Leistungen streichen.

Frau Süß stellt fest, dass die Diskussion zeige, wie wenig Zeit heute bleibt. Es könne keine abschließende Meinungsbildung geben. Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen könne sie aber eindeutig sagen, dass sie die Konsolidierung unterstützt und der Bürgermeisterin folgt. Die Bürgerinnen und Bürger müssen auf Einschnitte vorbereitet werden. Die Einnahmeseite ist zu generieren und Unternehmen müssen sich hier ansiedeln. Sie sei im Prinzip dabei, aber nicht mit diesem Wortlaut.

Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes 2028 und Identifizierung weiterer Konsolidierungsmaßnahmen

1. Abstimmung: Mit Änderung angenommen

... Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Konsolidierungsmaßnahmen **in Form von Ausgabenenkungen oder nicht steuerbezogener Einnahmeverbesserungen** zur Reduzierung des strukturellen Defizits zu identifizieren und der Ratsversammlung sowie dem Haupt- und Finanzausschuss hierzu einen schriftlichen Vorschlag („Haushaltssicherung 2028 II“) vorzulegen, der zusätzliche Maßnahmen enthält oder die bestehende Haushaltssicherung 2028 so nachschärft, dass ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden kann.

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	18	13	5
CDU-Fraktion	11	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	8	1
SPD-Fraktion	7	0	0
WSI-Fraktion	0	4	0
FDP-Fraktion	0	0	4
Die Linke im Rat	0	1	0

2. Konzepte für Stadtbücherei, Musikschule und Volkshochschule (VHS)

Herr Jan Lüchau verliert diesen Punkt und erinnert daran, dass mit Konzepten allein noch kein Cent eingespart wurde.

Frau Süß versucht darzustellen, wie es sich mit der Internen Leistungsverrechnung und dem Kostendeckungsgrad verhält. Bibliotheken gehören in Schleswig-Holstein zur Daseinsvorsorge in Städten. Wenn öffentliche Büchereien einen Kostendeckungsgrad wie in Wedel ausweisen, liegen sie schon über dem Bundesdurchschnitt.

Wenn die Zahlen so nicht gemeint waren, sollte die CDU-Fraktion den Mut haben, diesen Punkt zurückzuziehen. Sonst könne man die Stadtbücherei in Wedel auch schließen.

Herr Rothe sagt, die SPD-Fraktion sehe das ähnlich. Man sollte die Interne Leistungsver-

rechnung aus dem Kostendeckungsgrad rausnehmen.

Der Seniorenbeirat sieht die - insbesondere die von der VHS und der Stadtbücherei erbrachten -Leistungen für die älteren Mitbürger als sehr sinnvoll und hilfreich an. Darüber hinaus gibt es in der Stadtbücherei die Möglichkeiten, aktuelle Zeitungen zu lesen, ins Internet zu gehen und diese Räumlichkeiten zu Gesprächen sowie Treffen zu nutzen, wie man dieses gut beobachten kann. Die VHS bietet ebenso bezahlbare Möglichkeiten für die älteren Mitbürger, wie Sport, gesellschaftliche Themen usw. an. Durch diese Angebote gibt es für die älteren Mitbürger die Möglichkeiten sich zu treffen, mit anderen Menschen zu bezahlbaren Konditionen in Kontakt zu kommen. Daher beugen diese Angebote letztendlich auch der Einsamkeit im Alter vor.

Eine Frage an Herr Lüchau: Die Aussage zu den Stadtbüchereien wurde im Erlass nicht mit dem 65 % Kostendeckungsgrad gefunden. Stattdessen gibt es im Erlass einige Punkte zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Stadtbücherei, die sicherlich einmal angeschaut werden sollten.

Daher wünscht und erwartet der Seniorenbeirat, dass dieser Vorschlag heute nicht von der Ratsmehrheit beschlossen wird.

Herr Eichberger erinnert daran, dass die Interne Leistungsverrechnung genutzt wurde, um den Ansatz der Schulsozialarbeit zu kürzen. Dazu fiel schon das Stichwort „Kaputtsparen“. Die Gruppe Die Linke im Rat werde diesem Punkt auch nicht zustimmen.

Frau Keck fasst das Gesagte noch mal für die Zuhörer zusammen. Im Ergebnis müsse die Interne Leistungsverrechnung aus der Betrachtung herausgenommen werden.

Frau Bergstein möchte den Vorwurf zurückweisen, die CDU-Fraktion möchte Einrichtungen schließen. Es müssen kreativ gedachte Konzepte vorgestellt werden. Zum Beispiel könne man freiwillig mehr für einen Leseausweis zahlen.

Diese Idee findet Frau Schilling zwar charmant, aber sie werde trotzdem nicht zustimmen.

Frau Süß hätte gerne konkretere Informationen zu dem Erlass mit dem Kostendeckungsgrad 65%, da sie dazu keine Quelle gefunden hat. Eine Aufgabe der Bibliotheken sei die Daseinsvorsorge. Das sei im Gesetz festgeschrieben. Sie bittet darum, weitere Ideen in Zusammenarbeit mit der Stadtbücherei sowie dem Förderverein zu entwickeln.

Herr Baars sieht es allgemeiner. Dort werden drei Institutionen genannt. Aber es würde alle drei kaputt machen. Die SPD-Fraktion werde dem nicht zustimmen.

Frau Heyer bezieht sich auf die Haushaltssicherungstabelle 2028. Es sind für die genannten Institutionen jeweils tragfähige Konzepte zu erarbeiten und vorzulegen. Sie hält es nicht für zielführend, bevor diese Arbeit der Verwaltung erledigt sei, schon wieder darüber zu diskutieren.

Frau Bergstein meint, es solle mit Nachdruck daran gearbeitet werden, damit sich neue Konzepte überlegt werden. Die Daseinsvorsorge soll dabei nicht in Frage gestellt werden. Schließlich zieht die CDU-Fraktion diesen Pkt. zurück.

3. Szenario zur Reduzierung der Personalaufwendungen ab Stellenplan 2028

Herr Jan Lüchau verliert den Punkt und erläutert die Änderungen. Die Einsparung erfolge auf Basis der Haushaltsberatungen.

Herr Baars könne nicht zustimmen, weil er nicht weiß, wie die Summe nachgewiesen und gemessen werden soll.

Frau Süß betont, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seien für eine Optimierung der Verwaltung, aber nicht dafür, der Verwaltung feste Punkte auf den Weg zu geben. Dieser Punkt gehöre als Baustein in das Gesamtkonzept und dürfe nicht einzeln betrachtet werden. Darum würde ihre Fraktion dagegen stimmen.

Frau Keck sieht in der Umstrukturierung ein aktuelles Thema. Es wurde vor einem Jahr gefragt, wie der Kostenanteil für Personal berechnet wird. Es müsse eine Zielvorgabe umgesetzt werden. Die Verwaltung möge überlegen, wie sie mit weniger Geld klar- kommt. Die Politik könne nicht jede einzelne Entscheidung treffen. Das lasse der Ver- waltung Freiheiten und sei ein Anreiz darüber in den Abteilungen zu diskutieren.

Herr Barop sieht noch zu viele Verständnisfragen. Das Thema sei nicht sauber herausge- arbeitet. Auch die nächste Generation soll das verstehen können.

Herr Baars stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte und bittet darum, abzustimmen.

Ergebnis der Abstimmung hierüber:
34 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen (SPD)

Abstimmung über die Reduzierung der Personalaufwendungen: abgelehnt

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	12	15	9
CDU-Fraktion	11	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	9	0
SPD-Fraktion	0	2	5
WSI-Fraktion	0	4	0
FDP-Fraktion	0	0	4
Die Linke im Rat	1	0	0

4. Kompensation freiwilliger Leistungen

Herr Jan Lüchau bringt den Punkt ein.

Frau Süß sagt, im Grundsatz stimme die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zu, aber es seien noch zu viele Fragen zu klären, so dass sie heute nicht zustimmt. Eine Kompensation sei so nicht machbar.

Frau Keck findet, das sei eine Förderlandschaft, die gerne in Anspruch genommen und immer wieder verlängert wird. Das solle man nicht gefährden. Sie verstehe den Ansatz, wür- de aber eine andere Formulierung wählen.

Frau Heyer beantragt eine kurze Pause von 20:30 bis 20:32 Uhr.

Frau Keck macht den Vorschlag, den Halbsatz auf ~~einmaligen oder befristeten Einnahmen,~~ zu streichen.



Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	22	9	5
CDU-Fraktion	11	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	8	1
SPD-Fraktion	7	0	0
WSI-Fraktion	0	1	3
FDP-Fraktion	4	0	0
Die Linke im Rat	0	0	1

5. Politische Begleitung des internen Konsolidierungsprozesses

Abstimmung: einstimmig

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	36	0	0
CDU-Fraktion	11	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	9	0	0
SPD-Fraktion	7	0	0
WSI-Fraktion	4	0	0
FDP-Fraktion	4	0	0
Die Linke im Rat	1	0	0

5.2 Haushaltssatzung 2026/2027

BV/2025/080

Die Bürgermeisterin erläutert, warum derselbe Entwurf erneut zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt wurde. Er wurde lediglich um einige Zahlen aus dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport ergänzt. Der Haushalt ist das Ergebnis sorgfältiger Arbeit der Verwaltung, der den Konsolidierungskurs fortsetzt, aber gleichzeitig Spielraum für notwendige Investitionen lässt. Der Haushalt stehe im Einklang mit der Haushaltssicherung 2028 und dem Haushaltsbegleitbeschluss aus 2025. Die Maßnahmen stehen oder sind in Arbeit. Seit November hatten alle Fraktionen ausreichend Zeit, konkrete Änderungsvorschläge einzubringen. Die wesentliche Arbeit der Haushaltsberatung und -korrektur liegt nun bei den Gremien in den Ausschüssen und im Rat, denn das ist die klassische Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung.

An der Form des Doppelhaushaltes wird festgehalten, weil er Planungssicherheit gibt, den Investitionsstau abbaut, die Politik und die Mitarbeitenden entlastet und weil er uns ermöglicht, wichtige Projekte endlich anzupacken. Daher appelliert sie an alle, die haushaltslose Zeit nun zu beenden und zu zeigen, dass wir handlungsfähig sind und Verantwortung für Wedel übernehmen.

Sie bringt den Beschlussvorschlag ein.

Frau Drewes merkt unter Bezugnahme auf das Vorwort des Vorsitzenden an, dass die WSI-Fraktion nicht verantwortungslos agiere, sondern Verantwortung im Sinne ihrer politischen Einstellung übernimmt.

Frau Schilling verdeutlicht, dass die FDP-Fraktion bei ihrer Haltung bleibt. Der Doppelhaus-

halt und die Grundsteuererhöhung seien keine Anträge aus der Politik, sondern kommen aus der Verwaltung. Die FDP-Fraktion werde dem Haushalt 2026/2027 nicht zustimmen. In Richtung Bürgermeisterin sagt sie, andere Meinungen seien auszuhalten. Die nächsten Steuererhöhungen habe die Verwaltung bereits angekündigt. Es gehe immer um zusätzliche Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger. Darum lehnt die FDP-Fraktion den Haushaltsentwurf 2026/2027 ab.

Frau Kärgel stimmt ihr zu. Sie hätte sich gewünscht, dass die Antworten zu den Fragen zum Doppelhaushalt alle überzeugen. Aber die haushaltslose Zeit sei für alle schlecht und es dürfe keine Zeit verloren gehen. Das Ehrenamt habe aber seine Grenzen und die Politik solle sich auf die Verwaltung verlassen. Das Thema Straßenreinigungsgebühren werde die Stadt noch weiter beschäftigen.

Herr Wunderlich plädiert für eine konstruktive Lösung. Es müssen Kompromisse gefunden werden. Die CDU-Fraktion habe den Haushaltsentwurf beim letzten Mal abgelehnt, werde heute aber zustimmen, nachdem mehrere Punkte des Begleitbeschlusses eine Mehrheit gefunden habe und um weiteren Schaden von der Stadt und den Bürgerinnen und Bürgern abzuwenden.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Haushaltssatzung 2026/2027.

Abstimmungsergebnis:

28 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	28	8	0
CDU-Fraktion	11	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	9	0	0
SPD-Fraktion	7	0	0
WSI-Fraktion	0	4	0
FDP-Fraktion	0	4	0
Die Linke im Rat	1	0	0

Anlage 1 TOP 5 Gesamtplan_Stand_23.03.2026

Anlage 2 TOP 5 Satzung_Stand_23.03.2026

Anlage 3 TOP 5 Veränderungsliste_2026_2027_für_März_Rat

6 1. Änderung der Geschäftsordnung für den Seniorenbeirat

BV/2026/019

Der Vorsitzende bringt den Beschluss ein.

Der Sitzungstermin des Seniorenbeirats verschiebt sich von Mittwoch auf Donnerstag.

Die Vorsitzende des Seniorenbeirats erläutert die Lösung.

Der Seniorenbeirat war schon sehr überrascht von der Mitteilung der Verwaltung, dass die Sitzung am Mittwoch nicht mehr möglich sei, da eine permanente Teilhabe der Öffentlichkeit möglich sein müsste. Diese könnte aber nicht gewährleistet sein, da das Rathaus mittwochs ab 13:00 Uhr geschlossen ist und der Eingang nicht fortwährend besetzt werden könnte.

Als Ausweg hatte die Verwaltung die Möglichkeit vorgeschlagen, die Sitzungen in die VHS zu verlegen. Dieser Vorschlag kam für den Seniorenbeirat nicht in Frage.



Es wurde dann zusammen mit dem Seniorenbüro nach einer Lösung gesucht, um weiter im Rathaus tagen zu können. Nach vielen Gesprächen, Diskussionen und Mails hin und her wurde eine Lösung gefunden, dass der Seniorenbeirat ab dem 1.5.2026 donnerstags von 16.30 - 18.30 Uhr tagen wird.

Insoweit wird darum gebeten, in der 1. Änderung der Geschäftsordnung in Artikel 2 statt dem 1.4.26 den 1.5.26 einzusetzen. Der spätere Beginn kommt dadurch zustande, dass Mitglieder vorher nicht verschiebbare Termine haben. Leider kann aufgrund der Verschiebung ein langjähriger Gast nicht mehr an den Sitzungen teilnehmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt die erste Änderung der Geschäftsordnung für den Seniorenbeirat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	36	0	0
CDU-Fraktion	11	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	9	0	0
SPD-Fraktion	7	0	0
WSI-Fraktion	4	0	0
FDP-Fraktion	4	0	0
Die Linke im Rat	1	0	0

7 Kooperationsvertrag mit dem Kreis Pinneberg zur praxisintegrierten Ausbildung (PiA) von Erzieher*innen

BV/2026/020-1

Frau Heyer bringt die Vorlage ein.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel schließt zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen Kooperationsvertrag mit dem Kreis Pinneberg zur praxisintegrierten Ausbildung (PiA) von Erzieher*innen und -soweit möglich-zur sozialpädagogischen Assistenz (SPA) ab.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	36	0	0
CDU-Fraktion	11	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	9	0	0
SPD-Fraktion	7	0	0
WSI-Fraktion	4	0	0



FDP-Fraktion	4	0	0
Die Linke im Rat	1	0	0

8 Entlassung der 2. stv. Wehrführung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis

BV/2026/021

Der Vorsitzende bringt die Vorlage ein.

Die verspätete Umsetzung des Antrags hat keine finanziellen Auswirkungen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt die Entlassung von Herrn Arne-Lars Augustin als 2.stellv. Wehrführung der Freiwilligen Feuerwehr Wedel aus dem Ehrenbeamtenverhältnis der Freiwilligen Feuerwehr Wedel.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	36	0	0
CDU-Fraktion	11	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	9	0	0
SPD-Fraktion	7	0	0
WSI-Fraktion	4	0	0
FDP-Fraktion	4	0	0
Die Linke im Rat	1	0	0

9 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

9.1 Bericht der Verwaltung

9.1.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Die Verwaltung hat folgendes zu berichten:

- 1.) Das Urteil zu den Straßenreinigungsgebühren hat zu Gesprächsstoff in der Stadt geführt. Es sind viele Fragen aufgekomen und die Bürgermeisterin gibt einen Sachstand zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung. Das Oberverwaltungsgericht Schleswig hat am 12.02.2026 entschieden, dass die Satzung unwirksam ist. Nach Rücksprache mit dem Anwalt der Stadt Wedel fasst die Bürgermeisterin die Kernaussagen zusammen.
 - Grundsätzlich ist die Stadt Wedel zur Erhebung von Straßenreinigungsgebühren



verpflichtet.

- Es wird eine Neufassung der Straßenreinigungs- und -Gebührensatzung unter Beachtung der Maßgaben des Oberverwaltungsgerichts Schleswig mit Wirkung für die Zukunft geben. Zeitrahmen ca. vier Monate.
- Es ist noch zu prüfen, ob die Stadt die Satzung auch mit Wirkung für die Vergangenheit erlassen wird, um in anhängigen Rechtsmittelverfahren eine wirksame Satzungsgrundlage zu erhalten.
- Ob und inwieweit die Höhe der Straßenreinigungsgebühr durch die Neufassung der Satzung steigen oder sinken wird, hängt von der noch nicht feststehenden konkreten Ausgestaltung der Satzung und der Neukalkulation der Gebührensätze ab.
- Etwaige Mindereinnahmen oder Ausfälle von Straßenreinigungsgebühren muss die Stadt mit dem allgemeinen Steuerhaushalt, nötigenfalls mit der Anhebung kommunaler Steuern ausgleichen.
- Eine Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision zum Bundesverwaltungsgericht wollte die Stadt aus damaliger Sicht (12.02.2026) nicht einlegen, da der Rechtsstreit ausschließlich landesrechtliche Vorschriften betrifft, die nicht vor dem Bundesverwaltungsgericht reversibel sind.

Weitere Fragen und Antworten sind auf wedel.de einzusehen.

- 2.) Ab dem 2.4.2026 wird das Rathaus donnerstags nur noch bis 18 Uhr geöffnet haben, nachdem die Besucherzahlen über mehrere Monate beobachtet wurden. Der Seniorenbeirat kann trotzdem einmal im Monat bis 18:30 Uhr tagen. Eine Ausweitung der Öffnungszeiten an anderen Tagen ist nicht geplant.
Frau Kärgel bittet die Verwaltung um Prüfung, ob nicht weiterhin einmal im Monat die Öffnung bis 19 Uhr beibehalten werden sollte.
- 3.) Aufgrund des aktuellen Vandalismus auf dem Spielplatz am Ginsterweg wird um Aufmerksamkeit im Stadtgebiet gebeten.

Beschluss:

Auf Nachfrage des Stadtpräsidenten sprechen sich die Ratsmitglieder ganz überwiegend dafür aus, die übrigen Tagesordnungspunkte in der April-Sitzung abzuhandeln.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

9.1.2 Aktueller Stand der Haushaltssicherung 2028

MV/2026/013

Vertagt.

9.1.3 Bericht aus den Beteiligungen

Vertagt.



9.2 Öffentliche Anfragen

Vertagt.

Öffentlicher Teil

12 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Vertagt.

Vorsitz:

Julian Fresch

Protokollführung:

Kirsten Gragert

